

Heike Möller



DOKUMENTARISCHES ZUM 13. TREFFEN DES

Round Table

ENTWICKLUNGSPOLITIK BRANDENBURG

AM 13. OKTOBER 2023
IM HAUS DER NATUR POTSDAM



Gefördert durch Mittel des Ministeriums
der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg.



**13. TREFFEN DES ROUND TABLE
ENTWICKLUNGSPOLITIK LAND BRANDENBURG
am 13. Oktober 2023 · 10:00 bis 15:00 Uhr
IM HAUS DER NATUR POTSDAM**

Tagesordnung

- 09:45 Uhr Ankommen, Anmeldung
- 10:00 Uhr Begrüßung und kurze Vorstellung des Programms
durch Moderation Dr. Irene Heuser (MdFE) und Uwe Prüfer (VENROB e.V.)
Worte zur Ausstellung „Migration und wir“ (Afrika Medien Zentrum e.V.)
- 10:15 Uhr Weltoffenes und tolerantes Brandenburg. Aktuelle Herausforderungen
für (entwicklungs)politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit.
Impuls von Alfred Roos (Staatskanzlei, Leiter der Koordinierungsstelle
Tolerantes Brandenburg)
und Impuls von Marianne Ballé Moudoumbou (PAWLO Masoso e.V.)
zu Positionen und Beiträgen aus einer migrantisch-diasporischen Perspektive
- 10:45 Uhr Moderierte Diskussion
- 10:45 Uhr Zusammengefasste Anregungen für die weitere Arbeit des Round Table
- 12:00 Uhr *Mittagspause, Bio-regio-fairer Imbiss,
Möglichkeit zum bilateralen Gespräch und Networking*
- 13:00 Uhr Monitoring zur Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien
des Landes Brandenburg 2023
- 14:45 Uhr Informationen aus der Steuerungsgruppe, Vorschläge
zur weiteren Arbeit des RTEP
- 15:00 Uhr Kurzes Fazit, Verabschiedung durch Moderation

***Während des Treffens war im Saal die Ausstellung „Migration und Wir“
des Afrika Medien Zentrums e.V. (AMZ) aus Berlin zu sehen.***

AUS DER ARBEIT DES

13. Round Table Entwicklungspolitik

am 13.10.2023 von 10:00 Uhr bis 15:00 Uhr

UWE PRÜFER (VENROB e.V.) und **DR. IRENE HEUSER** (MdFE) begrüßten die 38 Gäste des Round Table, stellten das Programm vor und gaben **WOLFGANG KÖNIG** vom Afrika Medien Zentrum e.V. die Gelegenheit, einige erklärende Worte zur Ausstellung „MIGRATION UND WIR“ an die Anwesenden zu richten.



Dr. Irene Heuser stellte **ALFRED ROOS** vor, der seit einem knappen halben Jahr die Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg in der Staatskanzlei des Landes Brandenburg leitet. Davor war er Leiter der RAA Brandenburg (Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie).

Als dramatisches Beispiel für Rechtsextremismus in Brandenburg blickt er auf die Lausitzregion, die der Verfassungsschutz als „toxisches Gemisch“ von Rechtsextremismus, organisierter Kriminalität, Hooliganszene, Kampfsport, Rocker und Sicherheitsgewerbe beschreibt.

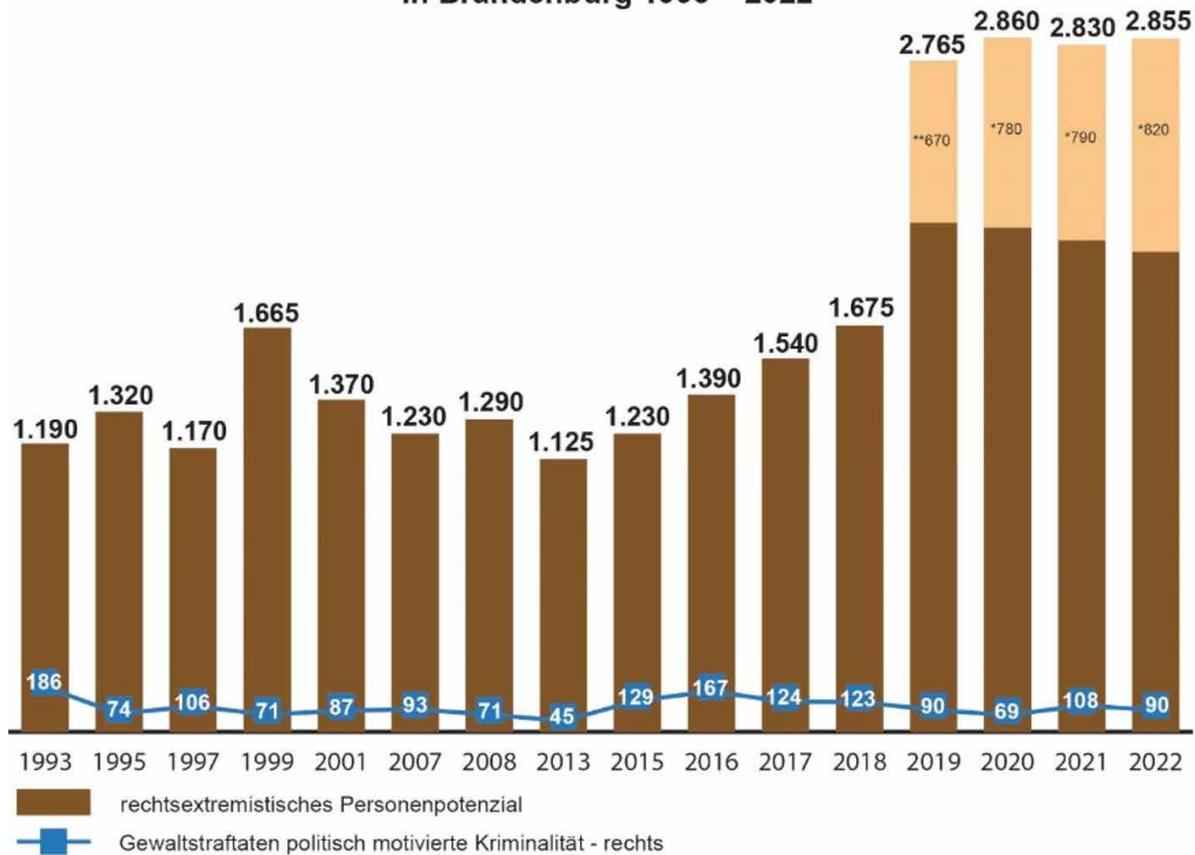
Grundlegendes Element des Rechtsextremismus ist immer auch der Rassismus, der nicht nur dramatische soziale und für von Rassismus betroffene Menschen Folgen hat, sondern auch wirtschaftliche Konsequenzen. Die Gewinnung von Arbeits- und Fachkräften

gestaltet sich dadurch schwierig. Hinzu kommt: trotz positiver Zuwanderungsbilanz, vor allem im Blick auf den Zuzug aus Berlin, ist die negative demografische Entwicklung nicht aufzuhalten. Die Frage der Zuwanderung und Integration von Arbeitskräften wird die größte Herausforderung in Deutschland bleiben.

Für die Attraktivität der Regionen in Brandenburg ist das gemeinsame Auftreten von Rechtsextremisten und gewählten Politikerinnen und Politiker der AfD ein riesiges Problem.

Die Säulendiagramme zeigen das Lagebild des Verfassungsschutzes: Trotz rückläufiger Gewaltstraftaten politisch motivierter Kriminalität zwischen 1993 und 2022 erhöht sich seit 2019 das rechtsextremistische Personenpotenzial drastisch um Mitglieder der AfD in Brandenburg, nachdem die AfD als Beobachtungsfall eingestuft wurde.

Rechtsextremistisches Personenpotenzial und Entwicklung der Gewaltstraftaten in Brandenburg 1993 – 2022



Bei der Erstellung der Diagramme wurde auf die Darstellung von Jahreszahlen, die keine bzw. unwesentliche Veränderungen im Trendverlauf aufweisen, zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

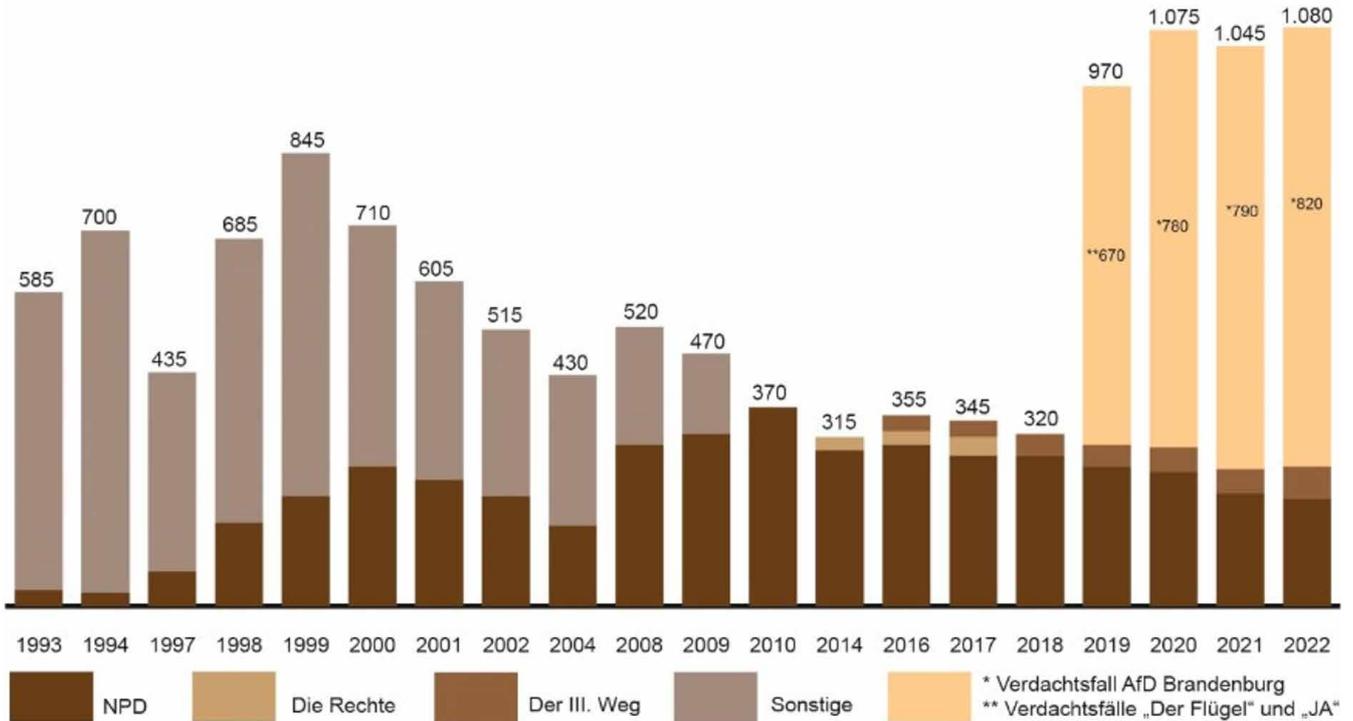
* Verdachtsfall AfD Brandenburg, weitere Erläuterungen siehe Fußnote 6

** Verdachtsfälle „Der Flügel“ und „JA“, weitere Erläuterungen siehe Fußnote 6

Im folgenden Diagramm wird deutlich, wie hoch sich die Mitgliedszahlen – im Vergleich zu anderen rechts-extremen Parteien – aus Sicht des Verfassungsschutzes darstellen.

Säulendiagramm 2

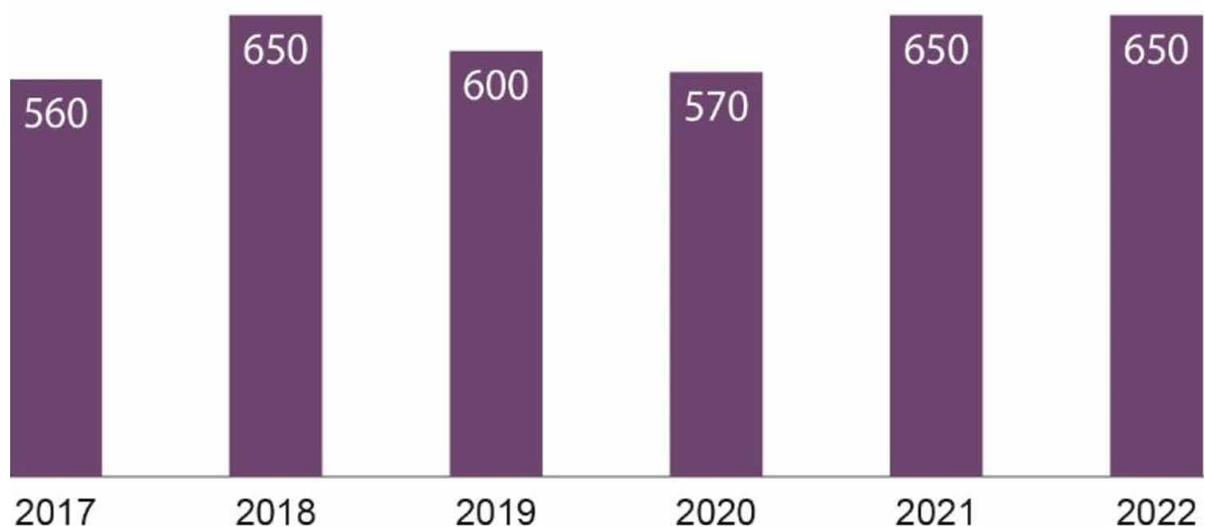
Mitglieder rechtsextremistischer Parteien in Brandenburg 1993 – 2022



Auch die Anzahl der Reichsbürger und Selbstverwalter in Brandenburg hat sich zwischen 2017 bis 2022 von 560 auf 650 Personen erhöht.

Säulendiagramm 3

Reichsbürger und Selbstverwalter in Brandenburg 2017- 2022



Reichsbürger mögen zwar ökologisch nach Mondphasen produzieren, tragen aber gleichzeitig viel rechtsextremistisches Gedankengut in die Region und bieten Anknüpfungspunkte für rechtsextremistische Einstellungen.

Das Handlungskonzept der gesamten Landesregierung mit Unterstützungsangeboten gegen Rechtsextremismus startete 1998 und erfuhr 2005 eine Überarbeitung. Es orientiert sich an drei Schwerpunkten, die es braucht, um sich mit Rechtsextremismus und Rassismus auseinanderzusetzen:

1. Eine Politik der klaren Signale auf Landes- und Kreisebene, in Städte und Gemeinden
2. Die Kooperation von Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft
3. Repression von Neonazismus, Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit durch Polizei, Staatsanwaltschaft und Justiz

Daraus folgen die drei Koordinierungsaufgaben:

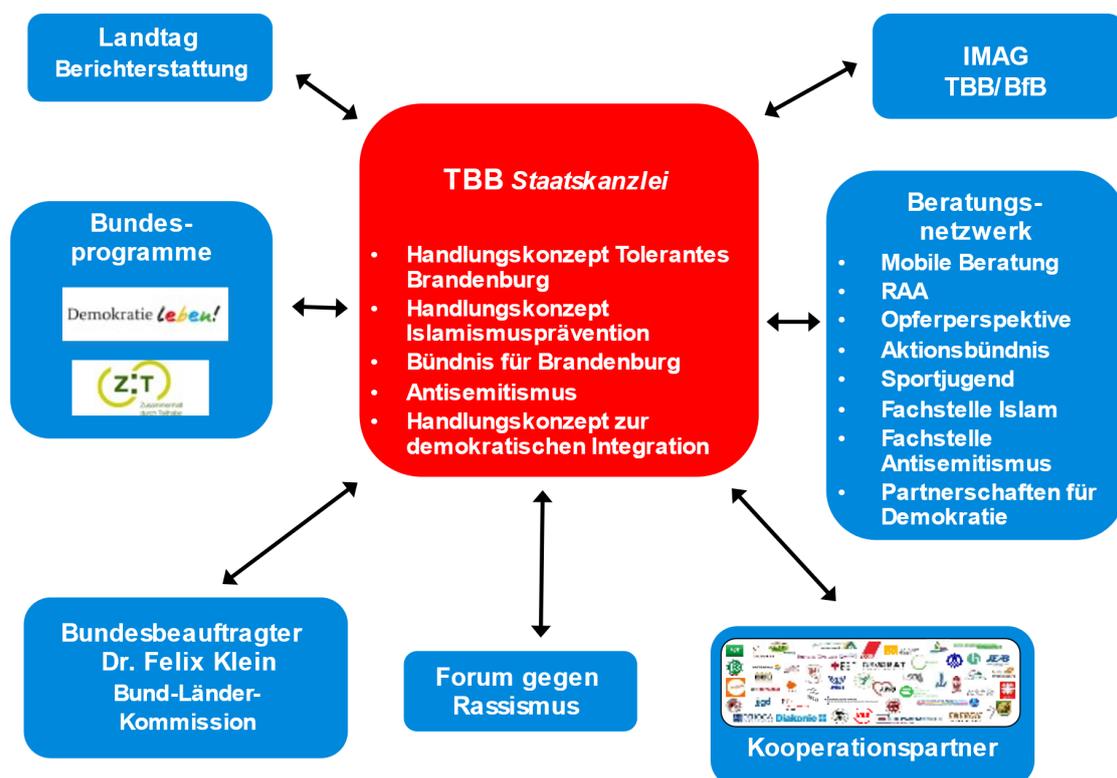
1. Koordinierung der Arbeit der Landesregierung gegen Rechtsextremismus und für Demokratie und Vielfalt

2. Koordinierung des Beratungsnetzwerks Tolerantes Brandenburg mit folgenden Akteuren:

- » Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Rassismus
- » Brandenburgische Sportjugend
- » Demos/Brandenburgisches Institut für Gemeinwesen-Beratung/ Mobile Beratung
- » Fachstelle gegen Antisemitismus
- » Fachstelle Islam im Land Brandenburg
- » Opferperspektive
- » RAA Brandenburg
- » Partnerschaften für Demokratie

3. Koordinierung zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Staat („Brandenburger Weg“). Dazu gehört auch die Förderung von Beratungsstrukturen und Projekten sowie die Vermittlung von Kontakten an die zuständigen Stellen und Einrichtungen im Land Brandenburg.

Überblicksdiagramm





An dieser Stelle sollte eigentlich der Impulsvortrag von **MARIANNE BALLÉ MOUDOUMBOU** von PAWLO-Massoso e.V. zum Thema: „Positionen und Beiträge aus

einer diasporisch-migrantischen Perspektive“ stehen. Leider lag uns bis zum allerletztmöglichen Redaktionschluss keine von ihr autorisierte Fassung vor.

DISKUSSION

Die anschließende Diskussion zu den beiden Vorträgen wurde sehr offen geführt, wobei einige wenige Teilnehmer:innen sich sehr kritisch zu den beiden Inputs äußerten. Nicht nur, dass die Aktualität der von Herrn Roos eingebrachten Zahlen hinterfragt wurde, sondern auch der Umgang damit.

So kritisierte **ERMYAS MULUGETA** zu Beginn, dass er den vorgetragenen Zahlen von Alfred Roos nicht vertraue, denn es sei ihm gar nicht klar geworden, welche Menschen eigentlich als Zuwanderer bezeichnet würden. Er könne keine Bereitschaft erkennen, sachorientierte Gespräche führen zu wollen. Seiner Erfahrung nach säßen Rechtsextremen auch in der Verwaltung und er erlebe seit Jahren, dass Schwarze Menschen nicht angenommen würden. Koloniale Muster würden weitergeführt.

MARIANNE BALLÉ MOUDOUMBOU beklagte, dass andernorts genozidale Gräueltaten begangen würden und verwies darauf, dass auch wir in Brandenburg nun mit der Situation umgehen müssten. Hier habe die Landesregierung die Verantwortung zum Handeln. Es sei fatal, wenn Menschen das Gefühl vermittelt würde, dass afrikanische Menschen weniger Wert seien im Namen der Demokratie und Menschenrechte.

JAHSA WILES sprach die diesbezügliche Korrektur der aktuellen Rahmenlehrpläne von Schulen v.a. für Geschichte, Religion und Politik an. Was dafür getan wird, werde nicht ausreichend kommuniziert. Bestimmte Bewegungen verstünden sich gut darauf, Angst als Instrument der Herrschaft und Macht zu verstehen. Die Vielfältigkeit sollte als Mechanismus begriffen werden. Die Felder würden sehr eingleisig und problematisch dargestellt.

ROALD MATSCHEROTH berichtete, dass an den Schulen über globale Fragen viel Unwissenheit anzutreffen sei. Toleranz bedeute Auseinandersetzung, Streit und Kampf, in der Politik wie im eigenen Leben. Angeblich sei die Arbeitslosigkeit in Brandenburg gering, aber zu welchem Preis? Wo kommen die

Rohstoffe her und wer zahlt diesen Preis? Auf wessen Kosten geht es wem im Globalen Norden gut?

Nach der Glaubhaftigkeit der angebotenen Informationen fragte auch **CHRISTINA KATZER**. Wie gelangten diese zu den Menschen, die keine Zeit hätten, ständig im Netz nach der „Wahrheit“ zu suchen?

UWE PRÜFER schlug vor, sich an der Berliner Dekolonialisierungsstrategie zu orientieren, um Ansätze und Erfahrungen für eine ähnliche brandenburgische Strategie zu nutzen. In Berlin umfasse diese z.B. auch den Bildungskomplex mit Aus- und Weiterbildung für die Senatsverwaltung. Die Diskussion sei in Berlin wegen der starken zivilgesellschaftlichen Anti-Rassismus Szene deutlich weiter.

HELEN FRANKE von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe berichtete dazu von dem 2019 gegründeten und geförderten Verein „Decolonize Berlin e.V.“, dazu mehr in ihrem Bericht zum Monitoring. Es gebe einen Senatsbeschluss, ein Konzept zur Dekolonisierung zu erarbeiten. Derzeit würden diesbezügliche Rückmeldungen und Feedbacks geprüft. Zwar sei eine gewisse Dynamik in den Verwaltungen bei diesen Themen erkennbar, jedoch bestünde noch viel Nachholbedarf. Derzeit würden die Entwicklungspolitischen Leitlinien Berlins überarbeitet.

Fragen nach dem Auffinden von kolonialen Entitäten, dem Widerspruch von Klimaneutralität, wurden dahingehend beantwortet, dass man dabei sei, die entsprechenden Infrastrukturen zu schaffen, um auf diese Themen aufmerksam zu machen und eine Verbesserung im gesamten Sektor zu erreichen.

Im Hinblick auf Bildung und Antirassismus an den Schulen in Brandenburg wurde auf die BREBIT verwiesen, an die sich Bildungseinrichtungen eigenständig wenden könnten, um Unterstützung anzufordern.

ALFRED ROOS erwiderte Herrn Mulugeta, dass die von ihm vorgetragenen Zahlen nicht den allgegenwärtigen

Alltagsrassismus abbildeten. Es handle sich hierbei um die Fälle von Rassismus, die in der Polizeistatistik als Straftat geführt würden. Dies gehöre zum Handlungskonzept, das seit 2005 bearbeitet werde. Neu sei das vom Kabinett beschlossene Konzept zum Thema Rassismus, Islam und Extremismus, das Handlungskonzept zur Förderung von Demokratie: Hier ginge es darum, Migrant:innen nicht nur als hilfsbedürftig wahrzunehmen, sondern sie verstärkt in den Beteiligungsprozess einzubinden. Eine Aktualisierung der Konzepte - auch zum Antisemitismus - werde demnächst noch im Kabinett behandelt. Aufgrund der Koalition mit drei Regierungsparteien benötige der Aushandlungsprozess Zeit. Kritik muss innerhalb und außerhalb des parlamentarischen Rahmens geäußert werden können, z.B. im Rahmen des Flüchtlingsrates.

In der derzeitigen Lage werde versucht, das gesellschaftliche WIR mit starken rassistischen Einflüssen auszuhebeln. Um aber die Spaltung nicht weiter voranzutreiben, müsse auch mit diesen Menschen kommuniziert werden, bevor wir sie dafür „verlören“. Umfragen hätten ergeben, dass es zwar einen großen Wertekonsens gebe, dieser aber nicht bestimmend sei im Umgang mit der Rassismus-Problematik beispielsweise an Schulen. Wie also diskutieren wir mit ihnen und welche Schlüsse ziehen wir daraus, angesichts einer Partei, die nichts anderes macht, als Themen rauszupicken und zu fragen, dass die Politik ihnen vorschreiben wolle, was man zu essen oder zu denken hätte.

Mit diesem Personenkreis müsse man, so **ALFRED ROOS**, auf andere Weise und mit dem lokalen Know-how aus der Szene ins Gespräch und die Auseinandersetzung kommen. Es geht vor allem um Triggerpunkte wie beispielsweise das Gendern, die manche Leute emotional herausfordernd wahrnehmen. Es bedürfe das Zutun aller, Wirtschaft, Verbände, Zivilgesellschaft, um deutlich zu machen, „wir lassen rassistische Äußerungen nicht zu!“ Das sei aber in Potsdam anders

anzugehen als beispielsweise in Rathenow. „So unterschiedlich die lokalen Gegebenheiten auch sein mögen, müssen wir darauf eingehen, sonst bringen z.B. die nächsten Kommunalwahlen schwierige Ergebnisse für ein weltoffenes Brandenburg!“

MARIANNE BALLÉ MOUDOUMBOU bedauerte sehr, dass man sich in Brandenburg so schwer tue, mit den Migrant:innenorganisationen zu reden, um den Antirassismus voranzubringen. Es bedürfe einer anderen Energie, auf das Land zu gehen, als in die Stadt. Aber selbst in der Stadt kämen neue Herausforderungen, beispielsweise die Notwendigkeit eines Sicherheitskonzeptes. „Wir seien jetzt noch nicht einmal in den Startblöcken, um das Thema voranzubringen.“

Seitens der Zivilgesellschaft wurde nach dem Stand der Fortschreibung der Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung gefragt, da dies bereits beim Round Table im Vorjahr 2022 angesprochen worden war. Dazu führte **UWE PRÜFER** aus, dass die Entwicklungspolitischen NGO, darunter mehrere Stakeholder des Round Table Entwicklungspolitik, über VENROB e.V. im Sommer 2023 die Möglichkeit zur Kommentierung genutzt hätten, die ihnen diesbezüglich federführende MdFE eröffnet habe.

DR. IRENE HEUSER bedankte sich für die Stellungnahmen seitens VENROB e.V. und der kommunalen Spitzenverbände – neben denjenigen der Ressorts der Landesregierung – zum Entwurf der Fortschreibung der Entwicklungspolitischen Leitlinien und erläuterte, dass das MdFE derzeit die Berücksichtigung der eingegangenen Stellungnahmen prüfe und über den neuen Stand informieren werde.“

Die Mittagspause wurde nicht nur für einen fairen und veganen Imbiss bei angeregten Gesprächen, sondern auch für einen Rundgang durch die Ausstellung vom Afrika Medien Zentrum e.V. genutzt, bevor das Nachmittagsprogramm begann.

MONITORING

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE LEITLINIEN

Der Nachmittag des Round Table Entwicklungspolitik ist traditionell dem Monitoring der Entwicklungspolitischen Leitlinien vorbehalten.

Aufgrund der begrenzten Zeit gaben die Redner:innen nur einen kurzen Einblick in ihren jeweiligen Tätigkeitsbereich. Die folgenden Berichte sind im Nachhinein um viele Fakten ergänzt worden. Die Stellungnahmen verschiedener NGOs sind in voller Länge im FEB-Heft 13 nachzulesen, abzurufen ab 21.12.2023 unter folgendem Link auf der VENROB-Website <https://venrob.de/veroeffentlichungen/reihe-forum-entwicklungspolitik-brandenburg/>.

Frau **DR. IRENE HEUSER** bat Frau **LENA BUNSEL-MEYER**, Staatskanzlei, über die aktuell laufende Weiterentwicklung der Landesnachhaltigkeitsstrategie (LNHS) zu berichten. Die Strategie, die sich systematisch an den 17 SDGs der Agenda 2030 ausrichtet,

befinde sich nunmehr auf der Zielgeraden und soll noch dieses Jahr vom Kabinett beschlossen werden.

Sie berichtete kurz im Auftrag ihrer Kollegin Frau Leonie Eilers, dass im Februar und März 2023 die Öffentlichkeitsbeteiligung stattgefunden habe, die maßgeblich zur Qualifizierung des Strategie-Entwurfs beitrug. In diesem Zusammenhang richtete sie großen Dank an alle daran Beteiligten aus.

Eng eingebunden in die Weiterentwicklung der LNHS sei auch der Nachhaltigkeitsbeirat (NHB) des Landes Brandenburg, der darüber hinaus auch an eigenen Schwerpunktthemen arbeitet, die im Ergebnis mit Empfehlungen an die Landespolitik verbunden werden. Aktuell stehe hier das Thema „Sozialer Zusammenhalt in einer offenen Gesellschaft, Demokratie als Lebensform“ auf der Agenda.



Herrn Dr. MARTIN POHLMANNs Kurzbericht des MLUK zur Nachhaltigkeit

NACHHALTIGKEITSPLATTFORM BRANDENBURG:

Seit 2019 existiert die vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz finanzierte Nachhaltigkeitsplattform. Kernaufgabe, der seit mittlerweile fünf Jahren bestehenden Nachhaltigkeitsplattform ist es, Nachhaltigkeit zu fördern und die

vielfältigen Akteure und Initiativen zur Nachhaltigkeit zu vernetzen. Die Plattform hat über 180 Mitglieder, darunter Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft, Sozialverbänden und

Zivilgesellschaft. Die Geschäftsstelle befindet sich am Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit Helmholtz-Zentrum Potsdam (RIFS).

Im Dezember 2022 widmete sich die 3. Plenarveranstaltung dem Thema Resilienz in den Zeiten multipler Krisen. Im Februar 2023 beschäftigte sich die rund 30-köpfige Steuerungsgruppe der Plattform mit der Landesnachhaltigkeitsstrategie und verfasste dazu eine Stellungnahme. Wie Klimaschutz in Brandenburg gemeinsam gelingen kann, stand im Mittelpunkt der 4. Plenarveranstaltung der Nachhaltigkeitsplattform Brandenburg im Juni 2023 in Eberswalde mit rund 130 Teilnehmenden.

NACHHALTIGE BESCHAFFUNG IN DER LANDESVERWALTUNG

Im Rahmen der Novelle des Brandenburgisches Vergabegesetzes vom 1. Mai 2021 überarbeitet das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) federführend das Vergabehandbuch des Landes Brandenburg zur Stärkung der nachhaltigen Beschaffung mit einem eigenen Kapitel. Zur Umsetzung dieses Auftrags und zur strukturellen Stärkung der Nachhaltigen Beschaffung im Land Brandenburg hat das MLUK im August 2022 zwei Projektvorhaben beauftragt. Ziel der Projekte ist die Erarbeitung rechts-sicherer und praxistauglicher Maßgaben Handlungshilfen für die Nachhaltige Beschaffung einerseits und andererseits die systematische Erfassung der konkreten

Beschaffungsströme innerhalb der Landesverwaltung. Letzteres geschieht mit dem Ziel, die bisherige Berücksichtigung von sozialen und umweltbezogenen Anforderungen in Ausschreibungen und Verträgen in der gesamten Landesverwaltung (ausgenommen Bauleistungen) zu erfassen und weiter zu verbessern. Aktuell befinden sich beide Projektvorhaben in der Auswertungsphase. Die finalen Ergebnisse (Kapitel Nachhaltige Beschaffung im Vergabehandbuch, Aktionsplan zur strukturellen Stärkung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung und Datenauswertung Beschaffungsverhalten) werden voraussichtlich im 1. Quartal 2024 vorliegen.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG (BNE):

Im November 2022 fand der 12. Runde Tisch zum Thema „Bildung für Nachhaltige Entwicklung – Chance für zukunftsfähige Unternehmen“ in Potsdam statt. Es nahmen 140 Personen teil, darunter 17 % Unternehmen. Die befragten BNE-Akteurinnen und –Akteure berichteten dementsprechend, dass es für sie möglich war, sich mit Vertreterinnen und Vertretern aus Unternehmen und Unternehmensverbänden zu vernetzen. Sowohl die Teilnehmenden aus dem Bereich Unternehmen als auch BNE bewerteten den Runden Tisch als einen Beitrag zum besseren gegenseitigen Verständnis und gaben an, nun noch besser zu wissen, wie sich gegenseitig unterstützt werden kann.

Die durch das MLUK finanzierte Servicestelle BNE verzeichnet eine Verstetigung der Zahl der Bewerbungen

zur Zertifizierung auf hohem Niveau, das mit den vorhandenen Ressourcen momentan noch bewältigt werden kann. Seit 2020 konnten 15 Einrichtungen mit ihren Angeboten zertifiziert werden. Da ab 2024 Re-Zertifizierungen anstehen, muss ggf. über eine Antragslimitierung nachgedacht werden.

Über die ELER-Richtlinie Natürliches Erbe und Umweltbewusstsein flossen in dieser Förderperiode mehr als 10 Mio. € in Vorhaben der außerschulischen BNE. Die hohe Nachfrage zeigt die zunehmende Professionalisierung der Antragstellenden in Bezug auf die Nutzung von EU-Geldern sowie ihren hohen Bedarf an finanzieller Unterstützung. Das MLUK hat daher im Rahmen der Programmplanung BNE auch für die kommende EU-Förderperiode angemeldet.

KLIMASCHUTZ

Das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Klimaschutz hat den Klimaplan Brandenburg am 19. September in die Ressortabstimmung geben. Der Klimaplan fasst die klimarelevanten Aspekte bestehender Strategien und Aktivitäten strukturiert durch sieben Handlungsfelder und fünf übergreifende Handlungsschwerpunkte zu einer ressortübergreifenden, verbindlichen Klimastrategie zusammen und unterlegt diese

mit einem Maßnahmenprogramm mit über 100 Einzelmaßnahmen, das die wichtigsten landespolitischen Maßnahmen zum Klimaschutz enthält und leistet damit den landesspezifischen Beitrag zur Erreichung der klimapolitischen Ziele (Sektor- und Zwischenziele 2030, 2040 sowie Klimaneutralität bis spätestens 2045).

Als fachliche Grundlage bei der Erarbeitung des Klimaplans diente ein umfassendes, wissenschaftliches Gutachten. Darüber hinaus wurden zahlreiche

Hinweise aus dem umfangreichen Beteiligungsprozess aufgenommen. Der Beschluss des Klimaplans durch das Kabinett ist noch in diesem Jahr geplant.



Frau RAMONA KRAUTZ aus dem MBSJ stellte ihren Monitoringbericht zur Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Brandenburg 2023 vor.

Im Land Brandenburg wurde als länderübergreifendes Projekt mit dem Land Berlin für den Unterricht in der gymnasialen Oberstufe ein neuer Rahmenlehrplan zum Schuljahr 2022/23 beginnend in der Einführungsphase unterrichtswirksam eingeführt. Dieser Rahmenlehrplan gilt

ab dem Schuljahr 2023/2024 für die beginnende Qualifikationsphase sowie für den Bildungsgang zum nachträglichen Erwerb der allgemeinen Hochschulreife.

Dabei gelten Teil A (Bildung und Erziehung in der gymnasialen Oberstufe) und Teil B (Fachübergreifende Kompetenzentwicklung) des Rahmenlehrplans für alle Unterrichtsfächer. Damit knüpft der Rahmenlehrplan für die gymnasiale Oberstufe an die entsprechenden Teile des Rahmenlehrplans für die Jahrgangsstufen 1-10 an (dieser Rahmenlehrplan ist bereits seit dem Schuljahr 2017/2018 in Kraft getreten und anzuwenden).

Entsprechend der Struktur des Rahmenlehrplans für die gymnasiale Oberstufe (Teile A, B, Fachteile C) werden seit dem Schuljahr 2022/2023 die bis dahin gültigen Rahmenlehrpläne für den Unterricht in der gymnasialen Oberstufe aus dem Jahr 2018 als Teile C des Rahmenlehrplans für die gymnasiale Oberstufe weitergeführt. Auch im Rahmenlehrplan für die gymnasiale Oberstufe ist das übergreifende Thema „Nachhaltige Entwicklung/Lernen in globalen Zusammenhängen“ verankert.

Im Rahmen des am 31.07.2023 ausgelaufenen Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona für Kinder

und Jugendliche“ wurden in der Maßnahmensäule „unterrichtsunterstützende und unterrichtsergänzende Maßnahmen“ auch eine Vielzahl von Projekten im Themenbereich der Nachhaltigkeit durchgeführt.

Im Jahr 2020 wurde vom MBSJ das Projekt von Carpus e. V. zur Erstellung des Handbuchs Globales Lernen – eine Anleitung für die Bildungspraxis gefördert. Im Jahr 2022 fand dazu eine Lehrkräfte-Fortbildung statt, die ebenfalls durch das MBSJ gefördert worden ist. Lehrkräfte sollen durch die Teilnahme an der FB-Reihe befähigt werden, Themen des Globalen Lernens im Unterricht diskriminierungssensibel mit ihren Schülerinnen und Schülern zu bearbeiten. Dazu zählt, dass sie sich ihrer eigenen Sozialisierung in einer weißen Mehrheitsgesellschaft bewusst sind und bereits in der Unterrichtsvorbereitung selbstkritisch reflektieren, welche eurozentrischen Perspektiven und Stereotypen sie möglicherweise reproduzieren könnten. Sie werden befähigt, bewusst nach Stimmen aus dem Globalen Süden für die Unterrichtsgestaltung zu suchen und diese im Unterricht einzusetzen, um klassische eurozentrische Blickwinkel zu durchbrechen und den Schüler/innen einen Perspektivwechsel zu ermöglichen. Die Lehrkräfte werden in die Lage versetzt, ihre Sprache und ihre Bildauswahl auf „einseitige Geschichten“ hin zu hinterfragen und Handlungsansätze, die sie mit ihren Schüler/innen diskutieren möchten, auf paternalistische Denkweisen und Aktivitäten hin zu reflektieren. Die Lehrkräfte setzen sich außerdem mit kolonialer Geschichte auseinander und setzen diese in Bezug zu dem im Unterricht zu behandelnden Thema (z.B. Klimawandel, Fair Trade, Flucht, etc.). Dies führt dazu, dass Lehrkräfte ihren Unterricht transformativer gestalten. Das heißt, der Unterricht trägt dazu bei, dass

sich die Gesellschaft langsam verändert, hin zu einer solidarischen, diskriminierungssensiblen, nachhaltigen Gesellschaft.

Die Handreichung zum übergreifenden Thema „Nachhaltige Entwicklung/Lernen in globalen Zusammenhängen“ befindet sich in den letzten Abstimmungsprozessen zwischen LISUM, Senatsverwaltung Berlin und dem MBSJ.

Mit dem 5-Punkte-Plan zur Stärkung der politischen Bildung an Brandenburger Schulen setzt das MBSJ auf die noch intensivere Förderung des demokratischen Verständnisses und der gesellschaftlichen Aktivierung von Kindern und Jugendlichen. Der 5-Punkte-Plan soll die Schulen zudem im Umgang mit den gesellschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit stärken: weltweite Fluchtbewegungen, ein Krieg in Europa, eine Pandemie und ihre Folgen, Klimakrise, Verschwörungsideen, „Fake News“ sowie politischer und religiöser Extremismus. Dafür werden bewährte Regelungen und schulische Instrumente weiterentwickelt sowie finanziell und mit erweiterten Angeboten unterstützt.

Ab 2024 ist geplant, das Projekt „Starke Lehrer – starke Schüler“ nach Abschluss der Projektphase Ende 2023 in die Organisationsstruktur des LISUM zu integrieren. „Starke Lehrer – starke Schüler“ ist ein Programm, das die pädagogische Handlungskompetenz im Umgang mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit an

Schulen im Land Brandenburg fördert. Es unterstützt Schulleitungen, Lehrkräfte und andere pädagogische Akteure an den Schulen. Die künftige neue Fachstelle „Starke Lehrer – Starke Schüler“, die im Rahmen des 5-Punkte-Plans zur Stärkung der politischen Bildung an Brandenburger Schulen entwickelt wurde, nimmt die Projektinhalte mit auf und soll künftig maßgeschneiderte Angebote für die Schulen bereitstellen, die speziell auf ihre individuelle Situation im Umgang mit demokratiefeindlichen Vorfällen zugeschnitten ist. Die Fachstelle soll zudem Fortbildungen, Supervision und die Auswertung von Unterrichts- und Schulsituationen koordinieren und in enger Absprache mit der RAA und dem Netzwerk für Demokratie und Courage durchführen, um die Handlungssicherheit der Lehrkräfte zu stärken.

Der kürzlich veröffentlichte Handlungsleitfaden für Schulleitungen und Lehrkräfte zum Umgang mit antidemokratischen Positionen und Verhaltensweisen ist für die Schulen eine rechtliche und praktische Hilfestellung. Das Hauptziel besteht darin, Schulleitungen und Lehrkräften praktische Unterstützung zu bieten, um angemessen und rechtlich korrekt auf Fragen und Herausforderungen im Umgang mit antidemokratischen Vorfällen zu reagieren. Sie wurde in Zusammenarbeit mit dem Ministerium des Innern und für Kommunales, insbesondere mit der Abteilung Verfassungsschutz sowie dem Ministerium für Justiz erarbeitet.

Frau ALISA TROJANSKY, MDFE REF.51, stellte die AG Informations- und Bildungsarbeit BLA-EZ vom 30.06.2023 vor.

Die AG Informations- und Bildungsarbeit des Bund-Länder-Ausschusses Entwicklungspolitik (BLA-EZ) fand am 30.06.2023 via Videokonferenz statt. Themenschwerpunkt war u.a. das Recht auf Ernährung weltweit. Es bestand weitgehend Einigkeit, dass Ernährung als entwicklungspolitisches Thema immer relevanter wird und zahlreiche regionale Bezüge aufweist, beispielsweise im Bereich der Schulverpflegung oder der Landwirtschaft.

Auch Brandenburg berichtete bei der AG über den aktuellen Stand im Bereich der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit. Neben den schon von den anderen Vortragenden der Landesregierung erwähnten Aktivitäten umfassten diese auch die querschnittsartige Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Strategien und Gesetzen der Landesregierung.

Ein Beispiel hierfür ist das neue Erwachsenenbildungsgesetz oder das Maßnahmenprogramm Biologische

Vielfalt der Landesregierung. Das Engagement Brandenburgs wurde kürzlich auch in einer 2023 erschienenen Studie der Freien Universität Berlin näher beschrieben und eingeordnet. Unter dem Titel „BNE – Auf dem Weg in den Mainstream, doch mit welcher Priorität?“ untersuchte die Studie die BNE in den unterschiedlichen Bundesländern.

Auf der Sitzung der länderübergreifenden AG Informations- und Bildungsarbeit berichteten für die Bundesebene u.a. das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Beide unterstrichen die Notwendigkeit, mit den Ländern zusammenzuarbeiten, insbesondere bei

der strukturellen Verankerung der BNE. Als Beispiele wurde der Orientierungsrahmen Globale Entwicklung gelobt, der ein Gemeinschaftsprodukt von BMZ und Kultusministerkonferenz ist.

Das BMBF berichtete über den nationalen Aktionsplan BNE und die nationale Plattform BNE. 2024 solle eine Weiterentwicklung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie vorgestellt werden. Zur Messung der Zielerreichung im Bereich BNE soll ein „Schul-Label-Indikator“ als Messgröße neu eingeführt werden. Die genaue Liste der unter dem Indikator erfassten Schullabels sei noch nicht verfügbar, ihre Erstellung solle aber bald abgeschlossen werden.



Herr SERGEY MOISEENKO vom Referat „Zuwanderung und Integration“ im MSGIV stellte seinen Bericht zu den Themen **Zuwanderung in Integration in Brandenburg** vor.

Globale Flüchtlingszahlen

Laut dem aktuellen Global Trends Report von UNHCR waren Ende 2022 weltweit 108,4 Millionen Menschen auf der Flucht. Diese Zahl umfasst Flüchtlinge (einschließlich Flüchtlingen, die nicht unter das UNHCR-Mandat fallen), Asylsuchende, Binnenvertriebene und andere Menschen, die internationalen Schutz benötigen.

Insgesamt sind Ende 2022 19 Millionen Menschen mehr auf der Flucht als noch Ende 2021 – dies

entspricht einem Anstieg von 21 Prozent. Dies ist der größte Anstieg innerhalb eines Jahres, den UNHCR je verzeichnet hat. Hauptgrund für diesen rasanten Anstieg ist die russische Invasion in der Ukraine, die Millionen Menschen zur Flucht zwang.

Die fünf größten Herkunftsländer von Flüchtlingen sind: Syrien - 6,5 Millionen, Ukraine - 5,7 Millionen, Afghanistan - 5,7 Millionen, Venezuela - 5,5 Millionen, Südsudan - 2,3 Millionen.

Brandenburger Kommunen haben auf der Grundlage des Aufnahmesolls bis Ende 2023 bis zu 19.253 Geflüchtete aufzunehmen und unterzubringen.

Landesaufnahmeprogramm Jordanien

Seit 2021 setzt Brandenburg ein humanitäres Landesaufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Geflüchtete, die vor Krieg und Verfolgung aus ihren Heimatländern zunächst nach Jordanien geflohen waren, um. Das Aufnahmeprogramm geht zurück auf eine Vereinbarung im Koalitionsvertrag sowie auf

einen Beschluss des Landtages vom 27. August 2020 (LT-Drs. 7/1816-B).

Das Programm wird in enger Zusammenarbeit mit der Internationalen Organisation für Migration IOM umgesetzt. Die Federführung im MSGIV liegt im Referat

25 (Integration und Zuwanderung), welches eng mit dem MIK zusammenarbeitet. Das Programm ist auf die Zeit der laufenden

Legislaturperiode befristet. In den Jahren 2021 und 2022 wurden jeweils etwa 200 Personen aufgenommen.

ASYL-, MIGRATIONS- UND INTEGRATIONSFONDS DER EU

Die Europäische Union fördert mit dem „Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds“ (AMIF) Projekte etwa zur Verbesserung von Integrationschancen und der Aufnahmebedingungen für Geflüchtete. Deutschland kann insgesamt bis zu 1,5 Milliarden Euro in der Förderperiode 2021-2027 erwarten. Für Integrationsprojekte im Land Brandenburg sind bereits von verschiedenen Trägern über 40 Anträge mit einem Gesamtvolumen von rund 23 Millionen Euro gestellt worden. Weitere Anträge sind möglich.

Zwei der ersten Förderbescheide für Projekte in Brandenburg wurden am 31. August in Potsdam von Herrn Bernd Krösner, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI), Herrn Dr. Hans-Eckhard Sommer, Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und Brandenburgs Integrationsministerin Frau Ursula Nonnemacher an den Verein „KommMit – für Migranten und Flüchtlinge“ überreicht.

Mit dem Projekt „Hürden nehmen – Psychosoziale Versorgung für Geflüchtete“ (AMIF-Fördersumme: rund 9,7 Mio. Euro) sollen psychisch beeinträchtigte Menschen mit Verfolgungs-, Kriegs- oder Fluchterfahrung durch acht regionale Beratungsstellen in den Landkreisen Elbe-Elster, Märkisch-Oderland, OderSpree, Oberhavel,

Oberspreewald-Lausitz und Ostprignitz-Ruppin sowie in den kreisfreien Städten Frankfurt (Oder) und Potsdam psychosozial unterstützt und betreut werden

Das Projekt „Verbesserung der Aufnahmebedingungen für Schutzsuchende, Schutzberechtigte und vorübergehend Schutzberechtigte in Brandenburg“ (rund 4,2 Mio. Euro AMIF-Mittel) will u.a. Unterbringung, Erstorientierung und soziale Beratung verbessern. Projektträger ist ebenfalls der Verein KommMit, in Kooperation mit verschiedenen Einrichtungen und Institutionen, darunter sind der Kirchenkreis Wittstock-Ruppin, der Evangelische Kirchenkreis Oberes Havelland, die BTU Cottbus – Senftenberg (Fachgebiet Soziologie für die Soziale Arbeit), der Flüchtlingsrat Brandenburg, die Hoffnungstaler Stiftung Lobetal und der Verein ESTAruppin. Dieses Projekt wird vom Integrationsministerium mit 240.000 Euro kofinanziert. Neben der Landeskofinanzierung erhält das Projekt noch Kofinanzierungen von weiteren Partnern. Die vorgesehenen Gesamtausgaben für den dreijährigen Projektzeitraum belaufen sich auf insgesamt rund 5,6 Millionen Euro. Unter anderem sollen regionale Unterstützerinnen und Unterstützer dabei helfen, Geflüchtete dezentral in Wohnungen unterzubringen. Auch der Auszug aus Gemeinschaftsunterkünften und Wohnungswechsel sollen gefördert werden.

PROGRAMM „TELEFON- UND VIDEODOLMETSCHEN IN BRANDENBURG“

Seit dem 1. Juli 2023 besteht die Möglichkeit für ein Telefon- und Videodolmetschen im Land Brandenburg. Hierbei handelt es sich um ein kostenfreies Angebot der Firma SAVD Videodolmetschen GmbH (Spezialist für Audio und Video-Dialog), das berechnete Stellen in der Kommunikation mit Zugewanderten unterstützt.

Das Programm „Telefon- und Videodolmetschen in Brandenburg“ deckt über 50 verschiedene Sprachen

ab. Die Dolmetscherleistungen können rund um die Uhr per Telefon sowie per Videokonferenz genutzt werden. Ein Dolmetschetermin darf nur über eine berechnete Stelle vereinbart werden.

Eine vollständige Übersicht über die verfügbaren Sprachen und eine Auflistung der berechneten Stellen und Einrichtungen im Land Brandenburg ist auf der [Website](#) des MSGIV zu finden.

Da die Mittel für das Programm momentan aus dem Brandenburg-Paket finanziert werden, steht die Leistung vorerst bis Ende 2024 zur Verfügung.

Frau **DR. IRENE HEUSER** verwies auf unterschiedliche Aktivitäten im Bereich der Entwicklungspolitik. Sie hob erneut die - mittlerweile achten - Baruther Schlossgespräche im September 2023 hervor. Zudem wies sie auf die Veranstaltungen der Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) in Brandenburg hin, insbesondere die Potsdamer Frühjahrgespräche, in diesem Jahr zum Thema Ernährungssicherheit, und den vorgeschalteten Brandenburg-Dialog, der allen

Akteur:innen in Brandenburg offen steht sowie den Berliner Sommerdialog und den Parlamentarischen Abend der sef: im Landtag Brandenburg im Anschluss an die Sitzung des sef:-Beirats in Potsdam im September 2023. Schließlich erläuterte sie, dass viele der genannten entwicklungspolitischen Themen ebenfalls ihren Widerhall in den Gesprächen des Bund-Länder-Ausschusses Entwicklungspolitik finden würden, insbesondere die regionalen Aktivitäten der Länder, die Umsetzung der globalen Dimension der Agenda 2030, die Bedeutung der kommunalen Entwicklungspolitik und die derzeitige Haushaltssituation im Hinblick auf Mittelkürzungen im Bereich der Entwicklungspolitik seitens des Bundes.

Frau VERA FIEBELKORN von der Stabsstelle IntKom des Ministeriums der Finanzen und für Europa (MdFE) berichtete über die entwicklungspolitische Kommunikationsarbeit.

Eine wichtige Säule in der Umsetzung der entwicklungspolitischen Zielsetzungen Brandenburgs besteht in der Förderung von Projekten. Kennzeichnend für die Förderlandschaft sind Projekte, die sich entwicklungspolitischen, wie auch europäischen und internationalen Themen widmen.

Das Land Brandenburg beteiligt sich zudem am bundesweiten „Eine-Welt-Promotorenprogramm“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das nunmehr im 4. Programmzyklus umgesetzt werde. Dieses Programm zielt darauf ab, in der Gesellschaft, Kommunen, Schulen etc. die Auseinandersetzung mit globalen Fragen und Herausforderungen zu fördern und sich mit anderen Akteuren zu vernetzen.

Für die Zukunft sollen z. B. folgende Akzente stärker fokussiert werden:

- » Unterstützung für das Engagement junger Menschen: Hier soll es gezielt um entwicklungspolitische Projekte gehen, die sich am Bedarf junger Menschen orientieren. Eine Zusammenarbeit mit verschiedenen Jugendorganisationen wird angestrebt.

- » Stärkerer inhaltlicher Austausch zwischen den Akteuren der entwicklungspolitischen Kommunikation und denjenigen der Bildung für nachhaltige Entwicklung.
- » Stärkere Sichtbarkeit und Ergebnisorientierung der entwicklungspolitischen Akteure im ländlichen Raum.

Die enge Einbeziehung der Kommunen ist ein wichtiger Bestandteil der entwicklungspolitischen Arbeit Brandenburgs. Das Europaministerium hat daher mit den Landkreisen, kreisfreien Städten und den kommunalen Dachverbänden ein neues Vernetzungsformat eingerichtet, in dessen Rahmen über europa-, entwicklungspolitische und internationale Themen informiert wird.

Ferner arbeiten die zuständigen Ressorts beispielsweise im Rahmen der „Baruther Schlossgespräche für eine Nachhaltige Entwicklung in Brandenburg“ eng mit der projektverantwortlichen Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) zusammen.

Mit der Engagement Global gGmbH plant das Europaministerium gemeinsame Veranstaltungen zu anknüpfungsfähigen entwicklungspolitischen Themen anzubieten.

Frau Helen Franke von der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe stellte in ihrem Bericht die Aktivitäten aus dem laufenden Jahr 2023 vor.

DECOLONIZE BERLIN E.V.¹ MASSNAHMENPLAN:

Die Koordinierungsstelle² hat den Auftrag, konkrete Vorschläge für die intensive Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialvergangenheit und ihren kolonialen Kontinuitäten zu formulieren und würdige Formen der Erinnerung gemeinsam mit der Berliner Stadtgesellschaft zu entwickeln. Das Konzept zur Dekolonialisierung Berlins soll die Bereiche Kultur, Bildung, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung sowie die Aktivierung der Städtepartnerschaft Berlins mit Windhoek (Namibia) umfassen. Begleitende Forschungsarbeiten sind ein fester Bestandteil der Arbeit der Koordinierungsstelle. Gemeinsam mit Vertreter:innen

aus Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung und den Bezirken wurde 2021 ein Katalog mit Forderungen und Maßnahmen erarbeitet. Im Jahr 2022 begann die Umsetzung der Maßnahmen und somit die aktive gesamtgesellschaftliche Aufarbeitung der Kolonialvergangenheit. Die Senatsvorlage kann auf der Webseite abgerufen werden: <https://decolonize-berlin.de/de/kommentierung-der-senatsvorlage/>



BESCHAFFUNG UND VERGABEPOLITIK:

Die LEZ³ ist in Berlin auch zum Thema faire Beschaffung involviert. Am 16.10.2023 fand ein Zweiter Fachdialog zu Beschaffung von Bekleidungstextilien statt. Veranstaltet wurde dies von der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU) und der Senatsverwaltung für Wirtschaft,

Energie und Betriebe (SenWEB) sowie von Frau Ria Müller, Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz Brandenburg (MLUK) in Kooperation mit der von der LEZ geförderten Kompetenzstelle Faire Beschaffung Berlin. Bei Interesse kann das Protokoll geteilt werden.

GEMEINSAME NACHHALTIGKEITSKONFERENZ DER BUNDESREGIERUNG UND DES LANDES BERLIN:

Die ganztägige Auftaktkonferenz der Dialogreihe zur Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) fand am 19. Oktober im EUREF⁴-Campus in Berlin-Schöneberg statt. Die Konferenz wurde zusammen mit dem Land Berlin durchgeführt. Sie dient auch der Entwicklung einer ersten Nachhaltigkeitsstrategie für Berlin. Neben gemeinsamen Podiumsdiskussionen

wurden auch getrennte Workshops des Bundes und des Landes Berlin angeboten. Maßgeblich für die Kooperation war der Rat für Nachhaltige Entwicklung. Berlin plant eine Umsetzungsallianz ab Januar 2024 für zeitnahe und niedrighschwellige Pilot-Projekte zu starten, unter der Leitung der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU). Alle

¹ Der Verein Decolonize Berlin e.V. setzt sich für die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte und Gegenwart von Kolonialismus und Rassismus, für die Anerkennung und Aufarbeitung von kolonialem Unrecht und für eine gesamtgesellschaftliche Dekolonisierung ein.

² Die Koordinierungsstelle entwickelt in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Verwaltung und Politik ein Konzept für eine umfassende gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit und deren Auswirkungen auf die heutige Gesellschaft.

³ Die Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (LEZ) ist die zentrale Koordinationsstelle für die Entwicklungszusammenarbeit des Landes Berlin.

⁴ EUREF steht für das „Europäische Energieforum“

Berliner Akteure sind eingeladen, sich zu beteiligen. Mehr Informationen unter: <https://www.berlin.de/sen/uvk/umwelt/nachhaltigkeit/nachhaltigkeitsstrategie/>

Der Beirat für Entwicklungszusammenarbeit lud die zuständige Staatssekretärin Frau Britta Behrendt zu einer Sondersitzung am 15.11.2023 ein. Sie warb zur

FAIRER HANDEL:

Im Aktionsbündnis Fairer Handel arbeiten Organisationen und Einzelpersonen aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung gemeinsam an Projekten und Kampagnen, um global gerechten Handel und nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster in der

WETTBEWERB FAIRE SCHULE:

Das EPIZ (Zentrum für Globales Lernen e.V.) hat einen Schulwettbewerb zur Kreislaufwirtschaft veranstaltet und dabei mit dem ansässigen Cradle-to-cradle-Startup-NGO zusammengearbeitet. Der Wettbewerb wurde gut angenommen. Das EPIZ hat bereits das Label

WIRTSCHAFT UND EZ SOWIE MIGRATION – AKTIVITÄTEN ZU GESCHÄFTSGRÜNDUNGEN/ STARTUPS:

Am 23.11.2023 hat der „Berlin Newcomer Startup Award“ stattgefunden. Gewürdigt sollen neu zugezogene Unternehmerinnen und Unternehmer aus den

BEISPIEL NEWCOMER AWARD – MUTTERSPRACHLICHE UND PSYCHOLOGISCHE BETREUUNGSANGEBOTE:

Ein Beispiel für ein Newcomer Projekt ist die Plattform „Aman Collective“ <https://www.instagram.com/aman.collective/>, die auf die psychologischen, sprachlichen und kulturellen Bedürfnisse der arabischsprachigen Gemeinschaft im Exil eingeht. Durch eine

Mitwirkung bei den anwesenden Vertreterinnen und Vertretern. Teil der Sitzung war auch die Überarbeitung der entwicklungspolitischen Leitlinien, die die LEZ seit einigen Monaten durchführt und 2024 abschließen wird.

Hauptstadt zu stärken. Für das kommende Jahr stehen Themen wie Fair-Trade- und Veranstaltungen im Sportbereich (EURO 2024) im Fokus. **Webseite:** <https://www.fairerhandel.berlin/gemeinschaftsaktionen-und-kampagnen-zum-fairen-handel-in-berlin/>

„Faire Schule“ etabliert, über die Berliner Stadtgrenzen hinaus bekannt gemacht und konzeptionell mit anderen deutschen Partnern weiterentwickelt. **Webseite:** <https://www.faire-schule.eu/projekte/epiz-schulwettbewerb-in-die-zukunft-fair-und-zirkulaer/>

DAC¹-Ländern, die sich durch innovative Geschäftsideen auszeichnen. Public Voting ist noch möglich, dies und weitere Infos via: <https://newcomeraward.de/>

erschwingliche, leicht zugängliche und integrative virtuelle Therapie können arabischsprachige Flüchtlinge und Einwanderer angemessene psychologische Unterstützung erhalten.

1 **Das Development Assistance Committee** (DAC) ist das wichtigste Gremium, über das sich die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) mit Fragen im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern befasst.

Herr TORSTEN STEHR, Leiter des Fachbereichs Unternehmensförderung, berichtete aus seinem Arbeitsbereich bei der Industrie- und Handelskammer Potsdam.

Trotz einer außenpolitisch sehr schwierigen Zeit und einer Eintrübung der Konjunktur, sind die Exporte Brandenburgs im ersten Halbjahr 2023 gestiegen (+2,6 %); die Importe unseres Bundeslandes hingegen gingen um 2,9 % zurück. Die Russland-Sanktionen greifen – der Handel mit dem Land sank um 97,9 %. Der Krieg in der Ukraine belastet nicht nur den bilateralen Handel, sondern auch Lieferketten. In dem Zusammenhang wird auf die Rolle des Handels als Aspekt des friedvollen Umgangs von Völkern hingewiesen.

Die IHK Potsdam kooperiert seit 2011 mit BMZ und GIZ und ist in diesem Zusammenhang Partner des Programms Business Scout for Development (BSfD). Der Business Scout in der IHK berät und begleitet Unternehmen bei bilateralen Vorhaben in Entwicklungs- und Schwellenländern. Bis Ende 2024 ist diese Stelle gesichert, doch ist eine Ausweitung des Scout-Netzwerkes geplant ohne eine Aufstockung der Mittel. Es sollen künftig Business Scouts bei den Gewerkschaften eingesetzt werden, die u.a. Lieferketten zum Thema haben werden. In Sachen Nachhaltige Lieferketten hat die IHK Potsdam gemeinsam mit dem BSfD einen Zertifikatskurs entwickelt, der inzwischen bundesweit im Angebot ist. Überhaupt ist der Einsatz von Business Scouts in der IHK Potsdam bisher sehr erfolgreich

gewesen: neben vielen Geschäftsbeziehungen, die in Entwicklungsländer aufgebaut wurden, gab es zahlreiche Projekte – so z.B. zum Mentoring von Unternehmen zwischen Brandenburg und Afrika, zum Nearshoring (Betriebskooperation mit dem Maghreb zur Behebung des Fachkräftemangels), zu Energie- und Umweltfragen.

Die IHK Potsdam initiierte eine Berufsbildungspartnerschaft, die mit dem Ausbildungsverbund Teltow sehr erfolgreich in Sansibar umgesetzt wurde. Die IHK verfügt über ein weiterwachsendes Netz an Auslandshandelskammern u.a. auch in Entwicklungsländern, mit denen man in der Vergangenheit in vielen Projekten zusammengearbeitet wurde – auch unter Einbeziehung von GIZ-Spezialisten vor Ort. Am 28.9. fand der Exporttag der Hauptstadtregion erstmalig statt – hier waren Unternehmen und Einrichtungen u.a. aus Mexiko, Thailand, Marokko und der Mongolei zugegen. Dies als knapper Einblick in die Aktivitäten der IHK Potsdam bzgl. ESL.



Frau BIRGIT MITAWI, Demokratie und Integration Brandenburg e.V. / RAA Brandenburg, berichtete über die Aktivitäten der BREBIT 2023.

Bis Mitte Oktober 2023 haben 43 Schule 139 BREBIT-Projektstage zum Jahresthema „Gemeinsam handeln für eine klimagerechte Zukunft“ gebucht, die von 39 Referent:innen durchgeführt wurden oder noch stattfinden werden.

Lehrkräfte schätzen den Bezug zum Unterricht und den „Zuwachs an gesellschaftspolitischem Wissen“, der sich aus den Projekten ergibt. Die Projektstage sind als Ergänzung des Lehrplans konzipiert, sie vertiefen

Inhalte aus dem Regelunterricht, setzen Impulse, die Schule selbst nicht leisten kann und stellen Perspektiven aus dem Globalen Süden ins Zentrum der Diskussion.

Schüler:innen können im Angebot 44 partizipativ ihre Zukunft erdenken – damit



werden Demokratieverständnis und Globales Lernen verbunden.

In den Angeboten 48 & 57 wird die ökonomische Dimension der Klimakrise in den Vordergrund gerückt, das Angebot 46 zeigt mit dem Konzept der planetaren Gesundheit einen konkreten Ansatz auf, wie wir unsere Zukunft aktiv mitgestalten können. Im Angebot 53 wird der Zusammenhang zwischen menschlicher Naturbeherrschung, Entwicklung und ökologischen Krisensituationen des Planeten verständlich gemacht. Ob Demokratieprojekttag, Geografie-Unterricht,

Fremdsprachenunterricht oder fächerübergreifende Perspektive auf lokal-globale Fragen – BREBIT-Angebote finden Sie in unserem Katalog.

Buchungen sind direkt online möglich unter: www.brebit.org/Angebote#Buchungsformular

BREBIT begann 2004 mit einer Woche, wurde dann auf mehrere Wochen, schließlich auf den gesamten Herbst und jetzt auf das ganze Schuljahr ausgeweitet. Diese Entwicklung entspricht den Bedürfnissen der Schulen und den zeitlichen Ressourcen der Referent:innen.



Bericht von Frau BIRGIT GERICKE, Geschäftsführerin des Standortes Brandenburg/Havel der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft e.V. (BBAG e.V.)

Die BBAG engagiert sich stark in der Klima- und Städtepartnerschaft Sansibar-Town mit Potsdam. Zu den Partnerschaften wurde Anfang des Jahres in der Stadt- und Landesbibliothek Potsdam eine gut besuchte Ausstellung gezeigt. Diese kann nun bei der BBAG aus-

geliehen werden (Frau Dombrowsky, dombrowsky@bbag-ev.de).

Am 19. Juni 2023 trafen sich Brandenburgs Europa-Staatssekretär Jobst-Hinrich Ubbelohde und Sansibars Präsident Dr. Hussein Ali Mwinyi zu einem Gespräch in Berlin. Der Präsident war anlässlich der Special Olympics World Games nach Deutschland gekommen und war von Regierungsvertretern Tansanias und Sansibars begleitet worden. Die BBAG hatte das Treffen mit vorbereitet und war durch Hauptgeschäftsführer Herrn Kindelberger vertreten.

Die Landeshauptstadt Potsdam - Koordinierungsstelle Klimaschutz - unterstützt mit einem neuen, aus Bundesmitteln geförderten Projekt „Biocooling Zanzibar“ die Erforschung und Entwicklung natürlicher Systeme

zur Verschattung öffentlicher Plätze im verdichteten Stadtraum Sansibars.

In Sansibar ist auch der Ausbildungsverband Teltow (AVT) aktiv. Die guten Erfahrungen, die dort mit ihrem „Train-the-Trainer-Projekt“ zur Förderung der Berufsausbildung in Sansibar gemacht wurden, führten zu der Überlegung des AVT, ein ähnliches Projekt in Kambojscha aufzulegen.

Frau Gericke sprach sehr kritisch die angekündigten Finanzkürzungen um 30 Prozent bei der Migrationsberatung für Erwachsene an, das drastische Problemlagen erwarten lässt. Die Förderung der Psychosozialen Zentren reduziert sich um 70 Prozent. Die gerade erst gesetzlich neu aufgestellte unabhängige Asylverfahrensberatung soll im Ergebnis um 50 Prozent und die Freiwilligendienste sollen um rd. 24 Prozent gekürzt werden. Im Bereich der politischen Bildung gibt es 20 Mio € weniger für die Bundeszentrale.

Mit Verweis auf Punkt 2.2 in den Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Brandenburg: „Integration, Migration und Entwicklungszusammenarbeit müssen als Einheit betrachtet werden (...)“, müsse jetzt ein Schulterschluss erfolgen, so Frau Gericke, und es sollte ein klares Statement vom Round Table gemacht werden als Ergebnis dieses Treffens.“

Herr OBIRI MOKINI kündigte die von Cagintua e.V. organisierte und u.a von VENROB unterstützte am 26. und 27. Oktober 2023 stattfindenden „9. African Cultures and Democratic Dialogue“-Konferenz in Potsdam an. Diese sei insbesondere für Migrant:innen in Potsdam und Brandenburg gedacht und diene dem Zweck, möglichst viele Organisationen zusammen zu bringen.

Frau Adina Hammoud, Fachpromotorin für Partnerschaften und internationale Kooperationen bei der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft e.V. (BBAG e.V.)

Ein aktueller Schwerpunkt ist die Überarbeitung des von der Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (AGL) vor einigen Jahren erstellten Fragenkataloges „Partnerschaften reflektieren“. Dieser ist als Leitfaden für Vereine gedacht, die mit Partnerorganisationen im Globalen Süden zusammenarbeiten. In Zweiertteams – in meinem Fall mit Herrn Akinola Famson, Berliner Promotor für Globale Solidarität im Kiez beim Afrikarat Berlin/ Brandenburg – werden die einzelnen Kapitel auf das Vorhandensein dekolonialer und machtkritischer Aspekte geprüft und entsprechend neu formuliert. Gleichzeitig wird das Dokument gestrafft und kann auch gut als Leitfaden für kommunale und andere Partnerschaften dienen. Nach Fertigstellung und Freigabe durch die AGL kann das Dokument allen Interessierten zur Verfügung gestellt werden. Dieses erfolgt im Rahmen des Fachforums Internationale Kooperationen der AGL.

Doch besonders relevant ist das Tätigkeitsfeld Begleitung und Beratung von Kommunen im Hinblick auf globale Aspekte. In Brandenburg beteiligen sich mehrere Kommunen am Prozess Global Nachhaltige Kommune. Sechs von ihnen sind im gegenwärtigen bis Ende 2023 laufenden Projekt aktiv in Sachen Nachhaltigkeit und SDGs. Unterstützt werden sie von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt bei Engagement Global (SKEW), die bei der Entwicklung der kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie und der Umsetzung der für die Kommune passenden SDG berät. Manchen Kommunalvertreter:innen springt „das Globale“ nicht auf

Vor dem Hintergrund des Neokolonialismus soll eruiert werden, was getan werden muss, um die Lebenssituationen vor Ort zu verbessern und Fluchtgründe zu eliminieren. Die Konferenz wird von der Landesintegrationsbeauftragten Frau Dr. Lemmermeier gefördert und auch eröffnet werden.

Anhieb ins Auge – hier sehe ich meinen Ansatzpunkt und meine Aufgabe, dafür Impulse zu geben und bei Bedarf zu beraten. Das kann, aber muss nicht zwangsläufig eine Partnerschaft mit einer Kommune im Globalen Süden sein. Nachhaltigkeitsaspekte wie Faire Beschaffung gehören genauso dazu wie das Bewusstsein, oft einem Zielkonflikt gegenüberzustehen: die Umrüstung auf E-Fahrzeuge mindert hier CO²-Emissionen. Der Abbau der z.B. für Batterien benötigten Rohstoffe unter oft schlimmen Bedingungen im Globalen Süden bedeutet Externalisierung ökologischer und sozialer Probleme. Ich halte es für wichtig, sich mit diesen globalen Zusammenhängen auseinanderzusetzen, auch und besonders im Kontext von Nachhaltigkeitsstrategien.

Unterstützung und Beratung in Sachen kommunale Partnerschaften biete ich zurzeit den Aktiven in Kleinmachnow und Nuthe-Urstromtal an. Dort sind Kontakte nach Namibia bzw. Kosovo auf gutem Weg, in eine Partnerschaft zu münden.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Begleitung des Projektes „Weltläden engagiert in Kommunen“ des Weltladendachverbandes, das in zwei Pilotregionen stattfindet. Eine davon ist in Brandenburg. Sechs Weltläden rund um Berlin wollen als Partner der jeweiligen Kommunen die Gedanken von Fairness und Gerechtigkeit in der



Kommune sichtbarer machen und verankern. Diesen Prozess begleite ich z.T. beratend, hauptsächlich aber publizistisch auf den Social Media. Dazu erscheinen ab November immer mittwochs Posts, in denen die Partnerschaft Weltladen-Kommune und, sofern relevant, gemeinsame Aktionen vorgestellt werden.

Stichwort Social Media. Die im laufenden Projekt Global Nachhaltige Kommune Beteiligten werden seit

9. Oktober immer montags vorgestellt. Es folgen weitere Reihen zu Partnerschaften und Fairtrade-Towns.

Die Kanäle sind so zu finden:

<https://www.instagram.com/brandenburgglobal/>
<https://www.facebook.com/BrandenburgEntwickeln/>

Kommentare und Austausch sind gern gesehen.

Die VENROB-Promotorin für entwicklungspolitisches Empowerment von migrantisch-diasporischen Strukturen in Brandenburg, Frau **JAHSA REBECCA WILES**, berichtete kurz über Veranstaltungen und Initiativen entwicklungspolitisch aktiver Gruppen und Netzwerke von Geflüchteten und Migrant:innen. Eines deren übergreifender Ziele besteht darin, die Teilhabe und die Ausweitung ihres Wirkungsbereichs zu verstärken. Dazu

bedürfe es jedoch dringend der Bereitstellung von ausreichenden finanziellen Mitteln für die personelle Verstärkung. Das starke Engagement ehrenamtlicher Unterstützer:innen in den Vereinen täusche nicht nur über darüber hinweg, dass sie vielfach erheblichen Mehrfachbelastungen ausgesetzt sind. Oftmals zahlen diese einen hohen persönlichen Preis für ihren Einsatz.

DISKUSSION

Herr **UWE PRÜFER** brachte einige Ergänzungen in puncto NGO-Strukturen ein. Für den Förderzeitraum 2024-28 der vom MLUK geförderten Servicestelle Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) in Brandenburg habe sich ein Trägertrio aus ANU Brandenburg, VENROB und der HNE Eberswalde beworben. Die Entscheidung werde in den nächsten Tagen erwartet.

Ein wichtiges Ergebnis des erfolgreichen politischen Fachgesprächs „Non-formale Bildung für nachhaltige Entwicklung - Handeln für ein zukunftsfähiges, demokratisches Brandenburg“, zu dem die Arbeitsgruppe BNE Brandenburg am 12. Oktober 2023 eingeladen hatte, sieht er darin, dass BNE und Globales Lernen stärker auch als Demokratiebildung in einer sich polarisierenden Gesellschaft verstanden werden.

Des Weiteren informierte er darüber, dass die aktuelle Förderphase des bundesweiten Eine-Welt-Promotor:innen-Programms noch bis Ende 2024 laufen wird. In Brandenburg kommen die Landesmittel für die sieben Teilzeitstellen aus dem MdFE. Die 16 Landesnetzwerke bereiten den nachfolgenden Förderantrag für 2025-27 bereits vor. Sie stellen sich darauf ein, dass angesichts schwieriger Haushaltslagen in Bund und Ländern sich die Mittel für dieses Programm sowie generell für Eine-Welt-Arbeit nicht vergrößern wird.

VENROB bietet im November u.a. in diesem Zusammenhang einen Strategie-Workshop an. Informationen können auf der Webseite von VENROB eingesehen werden.

VORSCHLÄGE

ZUR WEITEREN ARBEIT DER STEUERUNGSGRUPPE ROUND TABLE ENTWICKLUNGSPOLITIK BRANDENBURG UND AUSBLICK

Frau **DR. IRENE HEUSER** und Herr **UWE PRÜFER** dankten den Mitgliedern der Steuerungsgruppe des Round Table für die gemeinsame Arbeit.

Es wird versucht, dafür noch weitere Kompetenzen zu gewinnen, beispielsweise von Kommunen.

Herr Prüfer verwies zusammenfassend auf die Erwartungen der zivilgesellschaftlichen Teilnehmer:innen, mehr politische Signale aus Landtag und Landesregierung bezüglich der Strategien für die entwicklungspolitische Arbeit zu bekommen. Dies betreffe vor allem die Bildungsarbeit – eine originäre Aufgabe der Länder.

Wichtige Anregungen hierzu verspreche man sich vom Erfahrungsaustausch mit dem Berliner Senat.

Die Berliner überarbeiten derzeit ihre entwicklungspolitischen Leitlinien und haben einen Prozess zu „Decolonize Berlin“ begonnen.

Obgleich auch in Brandenburg durchaus eine Entwicklung sichtbar ist, stelle sich die Frage nach der gleichberechtigten demokratischen Teilhabe von Migrant:innen. Der Vorwurf, dass die Vorschläge der Migrant:innen nicht ernst genommen würden, dürfe nicht beiseite gewischt werden.

Mit herzlichem Dank an alle Stakeholder beendete das Moderationsduo das 13. Treffen.



DOKUMENTATION

13. Round Table Entwicklungspolitik Land Brandenburg
am 13. Oktober 2023

wird herausgegeben vom Verbund Entwicklungspolitischer
Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e. V. (VENROB)

Tuchmacherstr. 49, 14482 Potsdam

Tel.: 0331 / 704 89 66

www.venrob.de

Die Website des Round Table : www.entwicklungspolitik-brandenburg.de

Verantwortlich: Uwe Prüfer, pruefer@venrob.de

Mitschrift: Heike Möller

Redaktion & Lektorat: Heike Möller, Harald Melzer

Layout & Satz, Fotos (Seiten 1-7): Tatjana Pott



Gefördert durch Mittel des Ministeriums
der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg